

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (ein Haus 2 RM, halbm. 1 RM). Durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Oberbahnstraße 2 / Fernsprechnummer 17259 / Postfachnummer Dresden 21 1553, Emil Schlegel-Schmittstraße, Dresden-21. Oberbahnstraße 2 / Fernsprechnummer: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“, Dresden / Abrechnung über Reichsbank, Reichsamt 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Sonntag, den 19. Februar 1927 Nummer 42

Metallarbeiter-Ausperrung

150 000 Metallarbeiter auf das Pflaster geworfen

Beginn der Ausperrung heute mittag Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs abgelehnt

Ausperrung!

Proletarische Einheitsfront

Kampf um die 48-Stundenwoche die Antwort der Arbeiter.

Dresden, den 19. Februar 1927.

Die Metallarbeiter auf die Straße. Brutal provozieren die Unternehmer die Arbeiter. Überall sind die Arbeiter in Bewegung gekommen, in Mitteldeutschland, im Sächsischen, in Berlin, neben den Metallarbeitern kämpfen die Textilarbeiter, die Fabrikarbeiter, die Bergarbeiter bereit sich zum Beginn des Kampfes vor. Immer entschlossener klagen die Forderungen, heraus nach acht Stunden aus den Betrieben, das ist die Parole, die überall aufgeführt wird. Der von einzelnen Gruppen der Arbeiter aufgenommene Kampf gegen die Unternehmerrückständigkeit gewinnt nicht nur die Sympathie der breitesten Massen, sondern zieht immer breitere Massen hinein in den Kampf. Die deutsche Arbeiterklasse beginnt, sich im großen Maße anzuschließen gegen die Schmarbeit am fliehenden Band. Die Arbeiterklasse begreift aus den Erfahrungen, daß, je mehr sie arbeitet, um so höher steigen zwar die Gewinne der Kapitalisten, doch die Lage der Arbeiter verschlechtert sich immer mehr, daß Herr der Erwerbslosen wächst. Lange haben, betört und irre geleitet die deutschen Arbeiter diese verkehrte Maschinerie getragen, in der Hoffnung, daß, wenn sie ihre ganze Kraft hergeben, sie wieder, wie ihnen ihre reformistischen Führer das versprochen, bessere Zeiten bekommen werden.

Jetzt erkennen die Arbeiter, daß alle Schmarbeit nur dazu führt, daß ihre Lage sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Jetzt entschließen sie sich aller Orten zum Kampf, dieser Kampf, der zu einer breiten Massenbewegung zu werden verspricht, der eine breite Massenbewegung der Arbeiter wäre, wären die Gewerkschaften Kampforganisationen, soll durch die Ausperrung in Sachien gestoppt werden. Das ist der eigentliche Sinn der Ablehnung des Schiedspruches durch das Reichsarbeitsministerium. Die reaktionäre Bürgerblockregierung hat den Schiedspruch keineswegs deswegen abgelehnt, weil sie arbeiterfeindlich wäre wie der sozialdemokratische Schiedsrichter Brauns. Hier handelt es sich um ein bewußtes Zusammenhalten. Sollte die Reichsregierung den Kampf verhindern, dann hätte sie es sicherlich vermocht, die Industriellen dazu zu bewegen, auf ein Kompromiß einzugehen, das den Gewerkschaftsbürokraten, deren ganzes Streben darauf beruht, nicht in einen Kampf hineinzuwickeln, sondern zu verhindern, was sie vor den Arbeitern verantworten könnten. Aber die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung hat einen anderen Sinn. Hier sollen zwei Millionen mit einer Klappe geschlossen werden. Der Reichsarbeitsminister Brauns hat schon oft genug gezeigt, daß er die reaktionärsten Schiedsrichter für die besten hält. Das ist die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung folgendes Schiedsrichter:

Es ist unseres Wissens seit langer Zeit das erstmalig, daß von Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches abgelehnt worden ist. Die Haltung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns ist um so unverständlicher, als erst noch vor kurzem Schiedsprüche, die für die Arbeitnehmer weniger günstig lauteten, seine Zustimmung gefunden haben. Bei den Arbeitsvermittlungsstellen in der ost- und westdeutschen Textilindustrie sind nämlich Schiedsprüche für und für verbindlich erklärt worden, auf Grund deren die Arbeitgeber bis zu 5 Stunden Überarbeit beanspruchen können, und dafür einen Zuschlag von 5 Prozent zu den vereinbarten Stundenlöhnen zu zahlen haben. Der Schiedspruch für die Leipziger Metallindustrie sieht gleichfalls eine Zulassung von Überarbeit bis zu 53 Stunden Gesamtarbeitszeit vor, verpflichtet aber zu einem Zuschlag von 10 Prozent zu den vereinbarten Stundenlöhnen. Die Metallarbeiter würden also bei einer Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches besser abgefunden haben als die Textilarbeiter. Um so schwerer verständlich ist der ablehnende Standpunkt des Reichsarbeitsministers.

Wohin Brauns kann auch anders. Bei den Textilindustrie-Arbeitern hätte er einen Schiedspruch, welcher für diese Arbeiter schlechtere Bedingungen festlegte. Aber die Textilarbeiter sind für die imperialistischen Pläne der deutschen Kapitalisten, sowie auch für den Kampf der gesamten deutschen Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter nicht eine solche wichtige entscheidende Gruppe wie die Metallarbeiter. Mit der Ablehnung dieses Schiedspruches soll erstens

Berlin, 19. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Nach zweitägigen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium wurde gestern die von den sächsischen Metallindustriellen beantragte Verbindlichkeitsklärung der 53-Stundenwoche für die Leipziger Metallindustrie abgelehnt.

Die Vereinigung der sächsischen Metallindustriellen hat gestern in Chemnitz eine Sitzung abgehalten und beschlossen, die Metallarbeiter in Chemnitz, Zwickau, Plauen usw. heute mittag mit Arbeitsschluß auszusperren. Von der Ausperrung werden 150 000 Arbeiter betroffen.

Die Verhandlungen im Arbeitsministerium verliefen nach zwei Tagen Dauer ergebnislos. Der Kampf auf der ganzen Linie muß also jetzt entbrennen. Durch die schwächliche und feige Haltung der Gewerkschaftsbürokratie befindet sich das Unternehmertum jetzt im Angriff. Man sieht die Lage des Leipziger Kampfes von den Gewerkschaftsbürokraten vorbeistreichen, ohne daß genügend ernst und energisch die Vorbereitungen zu einer Ausdehnung des Kampfes getroffen wurden. Zu einem Angriff der Arbeiter überzugehen, lehnten die Bürokraten von Anfang an ab. Mit der geradezu sträflichen Methode wurden die Metallarbeiter über den Ernst der Lage hinweggetäuscht. Die Gewerkschaftsbürokratie glaubte, entweder durch eine feine Verständigung mit den Unternehmern den Arbeitern die Notwendigkeit der Weiterarbeit klarzumachen zu können, oder sie rechnete mit einer Verbindlichkeitsklärung auf Grund deren sie die unbedingte Notwendigkeit der Unterwerfung begründen konnte.

Durch dieses Verhalten befinden sich die Unternehmer seit Anbeginn des Kampfes auf der ganzen Linie im Angriff. Schon bei den ersten Verhandlungen waren die Ge-

werkschaftsführer zu einem Kompromiß weit über die 48-Stundenwoche hinaus bereit. Sie boten die 48-Stundenwoche als nominelle Bestimmung an, jedoch sollte darüber hinaus der Unternehmer berechtigt sein, 3 Überstunden mit 10 Prozent Zuschlag arbeiten zu lassen. Das bedeutete praktisch die 51-Stundenwoche annehmen. In Anbetracht der riesigen Erwerbslosigkeit der Metallarbeiter war das schon ein untragbares Entgegenkommen. Da das auch noch von den Industriellen abgelehnt wurde, beschließen die Arbeiter mit 86 Prozent Mehrheit in den Streik zu treten.

Dann wurde nichts unternommen, um diesen Kampf auszuweiden, ihn zu einem wichtigen Angriff der Arbeiter zu gestalten.

Jetzt zwingt die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, — über die Gründe hierzu schreiben wir an anderer Stelle — dazu, den Kampf aufzunehmen, jetzt gibt es einen wichtigen Gegenangriff einzuleiten. Nicht nur die sächsischen Metallarbeiter dürfen im Kampf verbleiben.

Die mitteldeutschen Metallarbeiter, denen ein gleicher Schiedspruch aufzotriert wurde, müssen mit dem Kampf auf der ganzen Linie antworten. Das Eingreifen der gesamten deutschen Metallarbeiterklasse muß vorbereitet werden. Er ist ein Kampf um die Grundrechte der Arbeiter, der Kampf um den Achtstundentag, um Arbeit für die Erwerbslosen.

Die gesamte Arbeiterklasse wird diesen Kampf mit Sympathie begrüßen. Ihre aktive Unterstützung muß ebenfalls vorbereitet werden.

Auf die Ausperrung der Unternehmer muß die Antwort der Arbeiter, der entschlossene

Kampf um die 48-Stundenwoche

sein.

Neue Verhandlungen

Das Arbeitsministerium hat Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Metallindustrie erneut zu Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage auf Montag, den 21. Februar nach Dresden eingeladen.

Das Arbeitsministerium hat sich ferner bemüht, auf die Arbeitgeber einzuwirken, daß die angeordnete Ausperrung einseitig unterbleibt. Beide Parteien haben ihr Erscheinen zu den neuen Verhandlungen versagt.

nächste Zeit entscheidend sein kann. Die Arbeiterklasse muß die Initiative haben und den Kampf zu einem entscheidenden gestalten. Die Gewerkschaftsbürokraten wollen auch jetzt diesem Kampf wieder ausweichen, sie bieten den Unternehmern erneut Verhandlungen an. Jetzt gibt aber kein Verhandeln, jetzt gibt die Tat. Die Leipziger Metallarbeiter sind zu dieser Tat bereit, auch die Metallarbeiter Mitteldeutschlands erklären ihre Kampfbereitschaft. Sächsischen Metallarbeiter liegen heute auf die Straße, die Belohnung für die Überarbeit, der Erfolg der Gewerkschaftstaktik, der Arbeitgemeinschaftspolitik, ist die Ausperrung. Die Arbeiter nehmen den Kampf auf. Am 21. März läuft der Tarifvertrag für die Dresdener Metallindustrie ab.

Jetzt ist dieser Tarif erledigt. Auf die Forderung der Unternehmer nach der 53-Stundenwoche müssen die Arbeiter antworten mit dem Kampf um die Erhöhung der Löhne. Auf keinen Fall darf jetzt ein laues Kompromiß geschlossen werden. Der Sieg der Arbeiter ist zu erringen, wenn die Arbeiterklasse sich einig und geschlossen zu einem einheitlichen Kampfbündnis vereinigen wird. Die Gewerkschaftsbürokratie hat auch jetzt noch alles getan, anstatt die Einigkeit der Arbeiter zu fördern, diese Einigkeit zu stören, anstelle eines Aufrufs zum Kampfe gegen die Kapitalisten, brachten die Gewerkschaften in geradezu feilscheriger, verbrecherischer Weise ein Flugblatt gegen die Nichtorganisierten Arbeitskollegen heraus. Anstatt Kampf gegen den Unternehmer und Werbung der Kameraden, lautete die Parole der Dresdener Gewerkschaftsbürokraten Kampf gegen die Arbeitskollegen. Jetzt aber gibt es zusammenzuhalten. Jetzt muß der geschlossene Kampf aufgenommen werden. Der Unternehmer erhebt die Faust gegen alle, alle müssen sie gegen die Unternehmer heben. Die Unternehmer herren aus. Die Betriebe dürfen nicht eher wieder betreten werden, bis der Achtstundentag erkämpft, die Löhne erhöht sind.

Kampf auf der breitesten Basis das ist jetzt die Vorbereitung zum 1. März. Sofort muß die gesamte Arbeiterklasse hinter die Metallarbeiter treten, schon müssen Sammelaktionen durch die Gewerkschaften eingerichtet werden.

die Arbeiterschaft über den reaktionären Charakter dieser Regierung hinweggetäuscht werden. Die Marx-Rendell-Regierung nimmt die Gelegenheit — um der wichtigsten Arbeitergruppe Deutschlands zu zeigen, daß sie der Arbeiterschaft doch nicht so feindlich gegenübersteht, wie das von den Kommunisten gesagt werde. In Wirklichkeit aber will man den Kampf um die Niederlage der Arbeiter herbeiführen, um durch die Niederwerfung der sächsischen Metallarbeiter den Kampfwillen der Arbeiter in ganz Deutschland zu vernichten.

Bei der Anerkennung des Schiedspruches, da würde es unter Umständen den Gewerkschaftsbürokraten gelingen, die Arbeiter wieder in die Betriebe zu bringen, aber der folgende Groß, die Kampfbereitschaft der Arbeiter würde wachsen. Bei den demnächst ablaufenden Tarifverträgen würde der Kampf im härteren Maße ausbrechen. Das soll vermieden werden. Die Arbeiter sollen jetzt abgeknipst werden, damit gegen die bestiegene Arbeiterschaft die Marx-Rendell-Regierung um so brutaler vorgehen vermag. Über diesen Sinn der Entscheidung darf nicht der geringste Zweifel bestehen. Die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung soll also zweierlei bezwecken, Täuschung über den Charakter der arbeitserföndlichen Reichsregierung und Niederwerfung der Arbeiter auf der ganzen Linie, um die Bestiegen rücksichtslos an den Karren der Kapitalisten zu schmiegen. Dieses Ziel muß die Arbeiterschaft durchkreuzen.

Die gesamte Arbeiterklasse muß wissen hier geht es nicht nur um einen Teilzug, sondern hier geht es um einen Kampf, der für das gesamte deutsche Proletariat für die

Metallarbeiter Dresdens u. Umg.

Sonntag, den 20. Februar, 9 Uhr vormittags

wichtige Fraktionsitzung

im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße.

Stellungnahme zur Metallarbeiterfrage
Kein Parteilich darf fehlen. Die hochspannte Situation muß alle Parteigenossen auf dem Posten finden.

Die Delegierten zum U.G.-Tag, die Metallarbeiter sind, müssen zuseh in dieser Tagung erscheinen.

Als Ausweis für den Einlass.

Die Fraktionsleitung.